

würdlichen oder vermeidlichen Rechtsfragen, die in die kippische Erfolge-Hängelegenheit hineinspielen, mögen in diesem Augenblick bei Seite bleiben. Wie immer man sie beantworten mag, gegen das Regenamt eines deutschen Bundesstaates ist in Formen verfahren worden, die den üblichen Schem erzeugen, als ob die Ansichten über die Reichsverfassung und die aus ihr hervorhenden Rechte sich geändert hätten. Der Herrscher von Lippe hat eine Sprache vernehmen müssen, gegen die einer der Nachfolger des Kaiserfürsten von 1870 sich gescheitert halten durfte. Als vor einigen Jahren ein deutscher Kaufmann im Auslande von den Büroschäften als von Befällen sprach, waren die begleitenden Umstände und war die Person des Behörden von der Art, dass eher der erhobene Protest gegen diesen Ausdruck als dieser selbst Aufmerksamkeit zu erfordern schien. Angesichts des Telegramms an den Grafen Ernst ist es viel schwieriger als bei jeder Verteilung, der particularistischen Behörde entgegentreten, dass man in Berlin die Reichsverfassung, die den Kaiser und König von Preußen trotz gewisser Privatigkeit als primus inter pares unter die Bundesräte stellt, nicht recht versteht und nicht getreulich zu beobachten gedenkt. Es wäre nunmehr wohl zu verstehen, wenn die Bemühungen, die Bundesmitglieder mit Sorge um ihre Rechte und natürlich um die Achtung ihrer Würde zu erhalten, Erfolg hätten, und dies erfreute als eines von so verbreitlicher Entwicklung, als diejenigen Bundesfürsten, die in einer zwanzigjährigen Periode peinlicher Reflexion der dem Kaiser gezogenen Grenzen das Gefühl vollkommenen Rechtsverständnisses erlangt haben, und deshalb die neuen Vorgänge nicht überschätzen werden, sich in vordergründiger Weise befinden.

Nach dem, was gegen Lippe unternommen wurde, könnte es auch nicht Wunder nehmen, wenn die braunschweigische Frage, eine Angelegenheit von höchst nationaler Tragweite, flüssig von Abhängigen der Rechtspartei in anderer Weise gerichtet und vielfach auch anders bearbeitet würde, als bisher. Die Thatlasse, doch unter Hunderden von deutschen Städten gerade die Hauptstadt dieses Landes zum Amtshof für die ganze Haushaltung Lippe gebürgten Rechten des Kaisers untersucht worden ist, kann wohl der Befürchtung Raum schaffen, das hohenzollersche Kaiserthum, obwohl erblieb und deshalb auf schwerere Grundlage gestellt, als das alte Badische Kaiserthum, sei bestrebt, einen neuen Haushalt mittelbar erweiterten Republikum zu etablieren. Gewiss denkt der Kaiser in Berlin nicht an dergleichen. Aber man möchte dort auch nicht an die Bedrohung der Ausförderung zum Streit mit Justizbehörden, und dennoch hat eine davon gebende Kaiserliche Aufführung nicht bei Böswilligen falsche Vorstellungen über die Berliner Absichten erweckt. Es ist nicht zu verleugnen, dass der Kaiser das Reich Belastungsproben unterzieht, die jedenfalls unvollständig sind und von denen wie uns nicht mehr mit der Sicherheit früherer Jahre zu sagen getraut, der junge Gesamstaat werde sie bestehen. Wer sieht der Fürst Hohenlohe, der als Süddeutscher und als Mitglied des hohen Adels das Gewicht dieser Dinge sehr wohl zu bewusst sein weiß?

Deutsches Reich.

* Leipzig, 15. November. (Der sächsische Militärrat.) Der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf für das sächsische Reichs-Militärcontingent aus dem Rechnungsjahr 1899 zeigt, der Minister, S. B., zufolge, gegenüber dem Letzter für 1898 Mehraufwände von 465 267 £ bei den fortbestehenden und Wiederanträgen von 7 435 394 £ bei den einmaligen Ausgaben; er beläuft sich für ersteres auf 36 056 046 £, für letzteres auf 3 565 481 £. Die Ministrerung bei den einmaligen Ausgaben ist verhältnismäßig durch den Abschluss der Verhandlungen am neuen Feldartillerie-Material ermöglicht. Auch für die Vergütung und Einrichtung des Artillerie-Schießplatzes bei Leithain zu einem Troppenüberflugplatz hat sich der Antrag einer um rund 500 000 £ verringerten Position durchsetzen lassen. Von den Wehrabnahmen bei den fortlaufenden Ausgaben sind hauptsächlich das Garnisonverwaltungs- und Servicewesen, sowie die Geldverzierung der Truppen betroffen, was in der Hauptstadt durch die fortgeschreitende Entwicklung der bereits im Vorjahr genehmigten Organisationsänderungen im Sanitäts- und Heerescorps, die stärkere Ausstattung einzelner Divisionskommandos mit Unterorganen und die weitere Verbesserung von Führern beginnt. Zur abschließenden Beurteilung der in der Armee-Organisation Sachsen eingetretenden Änderungen wird hingegen die Entwicklung des sächsischen Nachtragstaats abzuwarten sein, der sicherem Vernehmen nach die Ressortaufsicht eines zweiten Armeecorps im Auge steht nehmen soll.

* Berlin, 15. November. Über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Orientreise Kaiser Wilhelms II. geben der Polit. Corr. aus Konstantinopel die folgenden beachtenswerten Ausführungen zu:

Ob ist nur natürlich, dass nicht bloß die letzten politischen, sondern auch die finanzielle mit großem Interesse nach den praktischen Ergebnissen des Besuchs des deutschen Kaisers in Konstantinopel forschen und da man nachtheiligerweise konstatiert werden, dass die überwiegendigen Hoffnungen deutscher Handels- und Geschäftsschule sich bisher nicht verwirklicht haben. Freilich stehen in dieser Beziehung vielleicht weitere Beobachtungen vorzusehen. Große Untersuchungen von allgemeinem Interesse werden ja aller Ortes nur dann angestrebt, wenn sie als lebendig befunden werden. Der Geschäftsmann versteht jedoch in der Kunst jenseits namhafter Erfolge sofort, wenn man sich doch nur dann entschließe, wenn Aussicht auf fühligen Gewinn aus dem Unternehmen vorhanden ist. Wie nun die Beobachtungen hier liegen, hätten sich hierzogtum weiter nichts als diejenigen, die sie Wit und den Vaterlande gefügt, von Herzen. Möge die Einführung Meines erhabenen Kaisers, des großen Königs, bis in die ferne Zukunft bleiben, was sie vor und ist, eine Säule der Ruhe und Erholung: Iesso et invicto militi. Wilhelm."

C. H. Berlin, 15. November. (Privattelegramm.) Das Centralcomité der preußischen Landesvereine vom Roten Kreuz hat unter dem Vorst. des Generals Epke beschlossen, 200 000 £ zu Aufrüstungsgegenständen für 2000 Krankenpfleger, welche bei einer Mobilisierung den Militärbehörden zur Verfügung zu stellen sind, zu bewilligen.

* Berlin, 15. November. (Telegraph.) Für die amtliche Ermittelung und Notierung der Schlachtwirtschaften an den größeren Schlachtfeldern soll jetzt die zum Theil bereits bestehende Einrichtung der Notierungskommissionen ausgetauscht werden. Es wird, wie die "Allg. Fleisch-Ztg." mitteilt, von der Regierung vorgeschlagen: Die Notierungskommissionen werden durch die Regierungspräsidenten gebildet. Die Notierungskommissionen sind zusammenzufügen aus einem Vertreter des Gemeindevorstandes (Schlachtwirtschaft-Berichter) und Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Fleischgewerbes und einem Vertreter des Ortspolizeibehörde. Die Zahl der Mitglieder jeder Kommission richtet sich nach der Bedeutung und dem Umfang des Verkehrs an dem betreffenden Platze. Die Zahl der Vertreter der Landwirtschaft kann gleich sein derjenigen des Vertreters des Handels und des Fleischgewerbes zusammen gerechnet. Wie nach Umfang des Marktverkehrs dies geboten erscheint, so nach der Bildung besonderer Notierungskommissionen für die einzelnen Viehgruppen zulässig. Die Notierung richtet sich nach der Art, wie der Handel sich vollzieht. Sie erfolgt demnach nach "Schlachtwirtschaft", wo nach Schlachtwirtschaft gehandelt wird, und nach "Fleischgewerbe", wo und sonst diese Form des Handels gehandelt wird. Sind beide Formen des Handels an demselben Platze neben einander in Gebrauch, so hat die Notierung für beide getrennt zu erfolgen. Bei der Notierung sind die höchsten und niedrigsten Preise für jede Gattung des gehandelten Viehs anzugeben.

— In einer Zeit, wo in Deutschland eine lebhafte Agitation gegen die großen Verkaufsmagazine unternommen wird, ist es interessant, zu beobachten, wie in

Welt erfolgt, wie in Europa im vorigen Jahrhundert ähnlich war. Der Bebau auf die landwirtschaftlichen Produkte ist noch immer die Basis der östlichen Staatswirtschaft. Dagegen kommen nur wenige indirekte Steuern, die Erträge der Höfe in einigen Monopolen. Das direkte Vermögen und die Industrie haben keinerlei. Die Staatsfunktionen, die kaum zu den höchsten, zahlenreichen Steuern, dafür jedoch herrenlos bei der Sicherung der landwirtschaftlichen Güter Möhrungen und Willkür in unerschöpflichem Maße. Selbstverständlich ist ein derartig primitiv und ungerecht Steuerherr für die Bedürfnisse eines großen Reichs ganzlich unangemessen. Die militärische Ausbildung und das Gewerbeleben bedürfen wie überall enormer Kapitalien, die nur durch Credit und durch die Vermehrung einer sicherer Sozialgründeter Finanzierung leichtlich werden können. Alle diese Elemente sind nur durch eine Erweiterung der Sicherungsmaßnahmen und deren Anwendung auf ähnliche Einschätzungen zu erreichen. Die militärische Verbesserung, wie sie in der Türkei üblich ist, setzt jedoch in einer organisierten Aufzüchterung auf und kostet aufwendiges Mittel. Sie erfordert weitgehend hohe Maximalerträge und dieses ist nicht einmal geprägt, grob, um die regelmäßige Versorgung der Staatsbeamten zu sichern.

Aus einseitige Schlechte könnten aus dieser Sachfrage herausführen. Es gäbe deren unter den türkischen Staatsministern, aber leider sind sie nicht an der Macht. Sie werden vielleicht durch unerledigtes Werkzeug, das durch die Intrigen ihrer inferiores Gegner systematisch vor den Geschäftsräumen fest gehalten. Unter den in Amt und Würde befindlichen Funktionären geht es keinen einzigen, der im Stande wäre, ein so schriftliches Programm zu entwerfen oder ein den Verhältnissen der Türkei angepasstes Gesetz vermaßt zu handhaben. Eine gegebenenfalls Täglichkeit, die diesen Namen verdient, ergibt überhaupt nicht in der Türkei. Es besteht wohl ein Staatsrat, der angeblich gegebene Funktionen verrichtet soll. Derselbe ist jedoch in Wirklichkeit nichts anderes als eine incoherente Versammung von teilweise unzureichenden Funktionären, also weiter in der Regel die eigentlichen und widerverschiedensten Gültigkeiten herausgehen und der den Geschäftsräumen hosch hinterhält ist. Auch die unmittelbare Nutzung des Sultans ist gewiss nur gegeben, die Vorstufe in alle Organe des Staates zu tragen. Nur eine kräftige Initiative des Herrschers wäre im Stande, das Reich dieser stagnation zu entziehen.

* Berlin, 15. November (Ein Ueberfall auf Mannschaften des Vermessungsdienstes "Wöve"). "Von beider Seite" wird der "A. Z." geschrieben: Gelegentlich der Verhandlungen des Fleischgesetzes nahm der Abgeordnete Emericus Veranlassung, auf die monatlichen Versammlungen der Marine im Dienste der Schiffsbau- und im unmittelbaren Interesse der Schiffsbau- bzw. Werftwerken. Oben standen im kurzen Bezug auf neuen meteorologischen Arbeiten die auf kartographischem Gebiet. Für die Werftschäden, von denen sie vorhanden seien bei allen Seefahrern anschlägliche die deutschen Admiraltätskarten im Gebrauch und haben die früheren Aufnahmen verdrängt. Wenn man eine solche Karte in Lauberei hinzuschafft, so liegt eine solche Karte in Lauberei hinzuschafft, weil oben man schwerlich mit welchen Strapazen und mit welchen Opfern von Gewalt und Leben das dazu gehörende Vermessungswerk erlaufen werden müsse. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie im April 1897 ein Detachment von der Vermessungsbeflagung "Wöve" auf die Insel von Wölfenbüttel überwältigt und vier Mann durch Pfleißhölle mehr oder weniger schwer verwundet wurden. Die damalige Bevölkerung der Insel hat sofort vorgetragen, dass die Strandbewohner seitdem sich friedlich zeigen; leider ist aber die Rache davor nicht bis ins Januar gedurften und am 18. Juli d. J. hatten zwei Matrosen von der Besatzung des Fahrzeugs einen erneuten Ueberfall aufzutreten, der zum Glück für sie ohne Blutopfer verlaufen ist. Da diesem Tage kreuzte die "Wöve", mit Triangulationsarbeiten beauftragt, vor dem Neuguinea und holt an der am Ende errichteten Pegellinie zwei Männer, die Matrosen Hendelberg aus Überholz und Adolf aus Bremen zurückgelassen. Während diese ohnmächtig waren, überwältigte die Besatzung der "Wöve" und mit plötzlich von Peilen umgewirkt, welche, wie nachdrücklich festgestellt, die Besatzung eines 10 km landeinwärts gelegenen Kanalendorfs aus dem dichten Busch auf sie abflossen. Die beiden Matrosen überlebten ihren Pegeleid sehr, griffen zur Waffe und batzen bald durch wohlerstellte Schüsse das Feind gefüllert. Bei Abzug des Ueberfalls standen sie einen toten und zwei verwundete Kanaken, während die Ueberigen eilig entflohen waren. Von einer Besetzung der Wilden in größtem Maßstab war bisher noch nichts gemeldet, hoffentlich genügt aber einfacher Vorsetzen, um ihnen das Wiederkommen zu verhindern.

* Berlin, 15. November. (Telegraph.) Zur heutigen Feier des 150-jährigen Bestehens des Invalidenhauses verabschiedet der Kommandant des Garde-Corps, General der Infanterie A. von Bolach, eine Tapete des Kaisers aus Cunea vom Vor d. "Hohenzollern" vom 14. November, die lautet: "Ich erkläre dem Invalidenhaus für seinen morgigen Jubiläum Wohlwollen und keine seiner Angehörigen für die treuen Dienste, die sie mir und dem Vaterlande geleistet, von Herzen. Möge die Einführung Meines erhabenen Kaisers, des großen Königs, bis in die ferne Zukunft bleiben, was sie vor und ist, eine Säule der Ruhe und Erholung: Iesso et invicto militi. Wilhelm."

C. H. Berlin, 15. November. (Privattelegramm.) Das Centralcomité der preußischen Landesvereine vom Roten Kreuz hat unter dem Vorst. des Generals Epke beschlossen, 200 000 £ zu Aufrüstungsgegenständen für 2000 Krankenpfleger, welche bei einer Mobilisierung den Militärbehörden zur Verfügung zu stellen sind, zu bewilligen.

* Berlin, 15. November. (Telegraph.) Für die amtliche Ermittelung und Notierung der Schlachtwirtschaften an den größeren Schlachtfeldern soll jetzt die zum Theil bereits bestehende Einrichtung der Notierungskommissionen ausgetauscht werden. Es wird, wie die "Allg. Fleisch-Ztg." mitteilt, von der Regierung vorgeschlagen: Die Notierungskommissionen werden durch die Regierungspräsidenten gebildet. Die Notierungskommissionen sind zusammenzufügen aus einem Vertreter des Gemeindevorstandes (Schlachtwirtschaft-Berichter) und Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Fleischgewerbes und einem Vertreter des Ortspolizeibehörde. Die Zahl der Mitglieder jeder Kommission richtet sich nach der Bedeutung und dem Umfang des Verkehrs an dem betreffenden Platze. Die Zahl der Vertreter der Landwirtschaft kann gleich sein derjenigen des Vertreters des Handels und des Fleischgewerbes zusammen gerechnet. Wie nach Umfang des Marktverkehrs dies geboten erscheint, so nach der Bildung besonderer Notierungskommissionen für die einzelnen Viehgruppen zulässig. Die Notierung richtet sich nach der Art, wie der Handel sich vollzieht. Sie erfolgt demnach nach "Schlachtwirtschaft", wo nach Schlachtwirtschaft gehandelt wird, und nach "Fleischgewerbe", wo und sonst diese Form des Handels gehandelt wird. Sind beide Formen des Handels an demselben Platze neben einander in Gebrauch, so hat die Notierung für beide getrennt zu erfolgen. Bei der Notierung sind die höchsten und niedrigsten Preise für jede Gattung des gehandelten Viehs anzugeben.

— In einer Zeit, wo in Deutschland eine lebhafte Agitation gegen die großen Verkaufsmagazine unternommen wird, ist es interessant, zu beobachten, wie in

Großbritannien auf dem Wege der genossenschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter Waarenhäuser entstanden sind, welche zu den bedeutendsten Einrichtungen der Welt zählen. Das aus der Föderation der Arbeiter-Genossenschaften hervorgegangene englische "Wholesale" wurde, wie die "Soviet", "With" berichtet, im Jahre 1884 begründet und erzielt jetzt einen jährlichen Umsatz von 300 Millionen Mark. Nach seinem Modell ist seitdem auch ein Waarenhaus für Schottland ins Leben gerufen worden, das gemeinsam mit dem englischen Großbetrieb operiert. Beide zusammen beschäftigen 13 000 Beamte und verkaufen alljährlich für nebel 500 Millionen Mark Waaren, die ebenso sehr durch Billigkeit als durch gute Qualität auszeichneten. Die Zahl der beteiligten Genossenschaften beträgt 150 Millionen, so dass etwa 1/4 der Bevölkerung von Großbritannien die Waaren von den beiden genossenschaftlichen Magazinen bezieht.

— Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe trifft am Freitag von seiner Bejublung Graben in Wehr, wieder in Berlin ein.

— Die sozialdemokratische Fraktion will im Reichstag eine Interpellation wegen der Ausweitung bürgerlicher Unternehmungen aus Norddeutschland einbringen.

* Hamburg, 15. November. (Telegramm.) Als der Commandant der 18. Division, Generalleutnant v. Frankenberg-Prieschka, sich heute Mittag in das Divisionsbureau begeben wollte, wurde er nahe des Kaisers von einem Soldaten mit dem englischen "Wholesale" befehligt, der höchst fehl durch Billigkeit als durch gute Qualität auszeichneten. Die Zahl der beteiligten Genossenschaften beträgt 150 Millionen, so dass etwa 1/4 der Bevölkerung von Großbritannien die Waaren von den beiden genossenschaftlichen Magazinen bezieht.

— Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe trifft am Freitag von seiner Bejublung Graben in Wehr, wieder in Berlin ein.

— Die sozialdemokratische Fraktion will im Reichstag eine Interpellation wegen der Ausweitung bürgerlicher Unternehmungen aus Norddeutschland einbringen.

* Berlin, 14. November. Im Proces des Oberförsters Bange contra Bismarck's Erben beklagt heute das bürgerliche Überlandgericht, den drei Kindern des verstorbenen Fürsten, Fürst Herbert, Graf Wilhelm und Gräfin Ranava, den Eid über die Angelegenheiten, welchen ursprünglich der Fürst selbst zugeschworen sollte, zugestellt.

* Darmstadt, 15. November. Nach einer der "Nat. Blz." von hier zugegangenen Mitteilung, hat die bürgerliche Anwaltschaft gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Weimar, 14. November. Der Großherzog, der seit einer Woche in Bayreuth verbringt, feiert überaus fröhlich.

* Dresden, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November (Ein Ueberfall auf Mannschaften des Vermessungsdienstes "Wöve"). "Von beider Seite" wird der "A. Z." geschrieben: Gelegentlich der Verhandlungen des Fleischgesetzes nahm der Abgeordnete Emericus Veranlassung, auf die monatlichen Versammlungen der Marine im Dienste der Schiffsbau- und im unmittelbaren Interesse der Schiffsbau- bzw. Werftwerken.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Dresden, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens beantragt.

* Berlin, 15. November. Am Abend der "Bismarck's Erben" gegen den Archivrat Beckemeyer wegen Entfernung von Aktenblättern aus dem Archiv namentlich die Einleitung des gericht